

Home > Gesellschaft > Mainz > Familie - Mainz - Studie: Hilfesystem für Kinder greift auch in Corona-Krise

13. November 2020, 15:36 Uhr Familie - Mainz

Studie: Hilfesystem für Kinder greift auch in Corona-Krise



Anne Spiegel, die Familienministerin von Rheinland-Pfalz. Foto: Andreas Arnold/dpa/Archivbild (Foto: dpa)

Direkt aus dem dpa-Newskanal

ANZEIGE

[Mainz](#) (dpa/lrs) - Der Kinderschutz hat während des Corona-Lockdowns in Rheinland-Pfalz laut einer Studie gut funktioniert. Zu dem befürchteten Anstieg von familiärer Gewalt gegen Kinder, Vernachlässigung und sexuellem Missbrauch ist es danach nicht gekommen. Von Januar bis August seien 4597 Verdachtsmeldungen auf Gefährdung eines Kindeswohls bei den Jugendämtern eingegangen, etwa genauso viele wie im gleichen Zeitraum 2019 (4747), zitierte Familienministerin Anne Spiegel (Grüne) am Freitag in Mainz aus der Studie des Instituts für Sozialpädagogische Forschung. "Das Hilfesystem greift auch in Zeiten der Krise."

"Der Kinderschutz in Rheinland-Pfalz funktioniert", sagte auch Heinz Müller, Autor der Erhebung des Mainzer Forschungsinstituts. Einige problematische Familien seien sogar gerade im Lockdown gut zurechtgekommen, "weil der Schulstress weg war". Zwar bilde die Studie nur das Hellfeld ab, "es gibt aber keine Anzeichen für ein gewachsenes Dunkelfeld". Rheinland-Pfalz habe die besten Netzwerkstrukturen in [Deutschland](#) und die qualifiziertesten Befunde. "Die Sorge um Kinder ist in unserer Gesellschaft vielleicht noch nicht hoch genug, aber angekommen."

Schläge, Vernachlässigung, Missbrauch: auch bei den Gründen für die Verdachtsmeldungen habe es kaum Unterschiede zur Zeit vor der Pandemie gegeben, sagte Spiegel. In 59 Prozent der Fälle war es Vernachlässigung, in 5 Prozent sexuelle Gewalt.

Zwar seien die Verdachtsmeldungen auf Gefährdung von Kindern und Jugendlichen in der Zeit der Schließungen von Kitas und Schulen leicht zurückgegangen - etwa auf das Niveau während der Sommerferien. Dafür hätten aber häufiger Bekannte oder Nachbarn die Jugendämter verständigt. Schulen und Kitas spielten bei den Meldungen ohnehin keine zentrale Rolle, sagte Müller. Jede dritte Meldung gehe von der Polizei ein, ebenso viele aus dem direkten sozialen

Umfeld der Familien.

WEITERLESEN NACH DIESER ANZEIGE



Fast 600 Verdachtsfälle werden den Jugendämtern jeden Monat gemeldet, wie Müller sagte. "An drei Viertel aller Meldungen ist was dran. Das hat sich in der Corona-Zeit auch nicht verändert." In jedem dritten Fall werde eine Kindeswohlgefährdung festgestellt. In ebenso vielen Fällen seien die Jungen und Mädchen zwar nicht in Gefahr, die Familien bräuchten aber Unterstützung.

hätten sie von Januar bis September persönlichen Kontakt zu den Familien gehabt, im Vergleichszeitraum 2019 waren es 87 Prozent.

Die bundesweit einmalige Notbetreuung für Kinder während der Schließung der Kitas habe sicherlich zu der positiven Bilanz beigetragen, sagte die Ministerin. "Wir hatten auch nicht den harten Lockdown mit Ausgangssperren wie andere Länder." Spiegel hat zudem einen Wandel in der [Gesellschaft](#) ausgemacht, "Dinge nicht mehr so unter den Teppich zu kehren": Nachbarn, Fußgänger und Arbeitskollegen sähen stärker hin, wie es Kindern gehe.

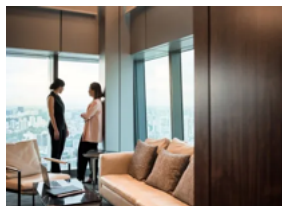
Mehr als 8200 Verdachtsfälle auf Gefährdung des Kindeswohls seien 2019 eingegangen, das entspreche etwa einem Prozent aller Kinder und Jugendlichen. Damit liege Rheinland-Pfalz im Bundesschnitt.

"Der Kinderschutz geht nicht unter", sagte der Geschäftsführende Direktor des Landkreistages, Burkhard Müller (SPD) zu den Studienergebnissen. Damit sei Rheinland-Pfalz gut gerüstet für die zweite Welle der Pandemie.



Eine Ma

ANZEIGE



Es bleibt ir

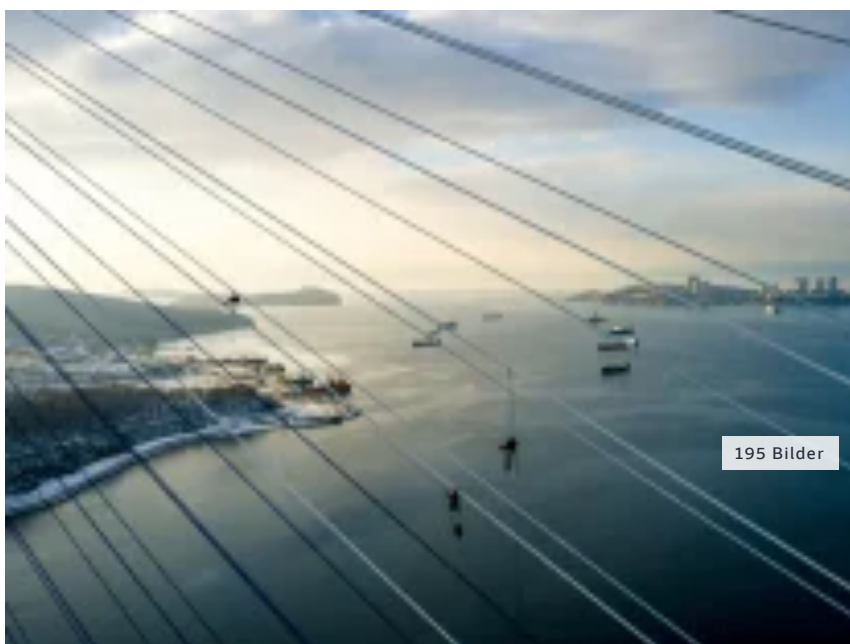
Nicht kurzfristiger Familienunterneh und stellen die m Vermögen sicherr

Allerdings würden jetzt viele Jugendamtsmitarbeiter zur Unterstützung der Gesundheitsämter abgezogen, mahnte Forscher Heinz Müller. Die Digitalisierung der Jugendämter müsse zudem voran gebracht werden, weil die Behörden nicht über WhatsApp oder Instagram mit den Familien Kontakt halten dürften.

An der Studie haben sich 34 von 41 Jugendämtern beteiligt - und damit 83 Prozent, wie Spiegel sagte. An einer vergleichbaren bundesweiten Erhebung habe nur ein Drittel der rund 600 Jugendämter mitgemacht.

Feedback

- Facebook
- Twitter
- WhatsApp
- E-Mail
- Flipboard
- Pocket



Lesen Sie mehr zum Thema

- Mainz
- Deutschland
- Familie
- Gesellschaft
- Gesundheit
- Krankheiten
- Krimina

Zur SZ-Startseite